

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

185 (12.8.1919)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen oder am Postfach monatlich 1.60 M., vierteljährlich 4.80 M., zugestellt durch unsere Träger monatlich 1.70 M., vierteljährlich 5.10 M.; durch die Post 1.74 M. bezw. 5.22 M., vorauszahlbar.

Ausgabe: Montag mittags; Geschäftszeit: 1/2 8-1/2 11 und 2-1/2 6 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 1. Spalte, Kolonelleile od. deren Raum 25 A., zuzügl. 30 % Teuerungszuschl. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmefrist 1/2 9 vorm., für größ. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei G&C, Karlsruhe.

Der übersehene Posten.

Karlsruhe, 12. August.

Bei der Diskussion über die Abdankung von S. M. muß es wie in einem Laubenschlag zugegangen sein. Minister kamen und gingen, Generale kamen und gingen, sprangen ans Telefon, gestellten sich zu den diskutierenden Gruppen von Exzellenzen, Geheimräten und sonstigen höchsten Würdenträgern. Um dem armen Kaiser von Hohenzollern die Majestätsherrlichkeit oder wenigstens ein ramponiertes Stück davon zu retten — wenn nicht den Kronmantel, so doch den preiswürdigen Königsmantel — wurden Pläne von aem ein gefährlicher Gewissenlosigkeit und Pläne von hilflos einseitiger Absurdität entworfen. Der Vorschlag ist ernst besprochen, die Möglichkeit seiner Durchführung gründlich untersucht worden: Die Monarchie Hohenzollern durch einen Feldzug der Fronttruppen gegen die revolutionäre Heimat zu retten. Generale, Offiziere des Generalstabs und Regimentskommandeure wurden um ihre Ansicht über die Chancen dieses Planes befragt. Nur weil ihre fast übereinstimmende Auskunft keine Hoffnungslösung bot, unterließ der Kaiser, auf den General Groener scheint keiner der Militärs vor der bevorstehenden Größe des Vorhabens zurückzuführen zu sein, Deutschland nach dem 4 1/2 jährigen Weltkrieg nun auch noch durch das Blutbad eines Bürgerkrieges zu ziehen. Wilhelm II ging beiläufig voran. Er sprach laut Bekundung des Prinzen Max nach am Abend des 8. November „von einer Expedition gegen die Heimat“ und ging auf dessen Abdankungsvorschläge gar nicht ein. Die „Deutsche Tageszeitung“ weiß sogar von einer durch den Kaiser „beabsichtigten Operation gegen die Heimat“ zu berichten, über deren Undurchführbarkeit bei der D.R. kein Zweifel mehr bestand. Dieses Verhalten steht dem Herrn ganz ähnlich. Daß das deutsche Volk „sein“ Volk, sein persönliches Bestehen mit Untertanenverpflichtungen gemeint ist, das hat ja immer zu seinen im Mittelalter stehengebliebenen Staatsrechtsauffassungen gehört. Nun wird dieses Volk rebellisch. Daraufhin reagiert nicht nur sein hypertröschlich entwickelter Egoismus, nun reagiert seine pathologische Denkwiese mit Plänen wie die Organisation eines Feldzuges gegen die revolutionäre Heimat. Der „treue“ und also wertvolle Teil „seiner“ Vorgesetzten den treulosen, verräterischen nieder. Was ist denn das anders als die „gottgewollte“ Ordnung? Hauptfrage, daß erhalten bleibt, ohne was die Welt ja nicht bestehen kann: Seine Majestät. „Wer nicht mit mir ist, den zerstampere ich!“ Er hat also zuguterletzt tatsächlich die Absicht gehabt, eine seiner ersten rhetorischen Anmerkungen in Wirklichkeit umzusetzen. — Als das nicht aua, wurden noch andere dynastische Rettungsversuche ausgedacht. Der Kaiser und der Kronprinz sollten abdanken und ein Stellvertreter für den kaiserlichen Enkel bis zu seiner Volljährigkeit die Regierung übernehmen.

Das Meistwichtige ist, daß man alle diese Probleme für Angelegenheiten von rein nationaler und innerpolitischer Bedeatung nahm. Sie waren es längst nicht mehr. Bei der Vertretung und Vertiefung der In- und Auslandspolitik, bei der weltbürgerlichen Schwingungsbreite politischer Aktionen von großem Format ist eine Staatsbehandlung wie Sturz oder Beibehaltung der Monarchie doch keine Affäre von innerpolitischer Abgrenzbarkeit. Seit lange, ebenso lange als es einen Weltmarkt und eine Weltpolitik gibt, ist es das nicht mehr. Um die erste französische Revölution zu erwürgen, rückten preussische und österreichische Heere in Frankreich ein, dem preussischen König Friedrich Wilhelm IV. hat der Zar direkt die Erlaubnis zu einer radikalen Verfassungsänderung verweigert und Bismarck hat sich mit Sünden und Süßigkeiten dagegen gewehrt, daß Frankreich wieder zur Monarchie zurückkehre. Ob Wilhelm zu geben hatte oder bleiben durfte, das unterlag im November 1918 nicht mehr einer der deutschen Politik allein vorbehaltenen Entscheidung. Wilson hatte so bestimmt, wie Diplomaten zu sprechen pflegen, wenn sie Feindschaft in höflicher Form lagern wollen, auf die Demission der Hohenzollerndynastie und die Abschaffung des Bevormundungssystems bestanden. Aber nur der Prinz Max hat davon etwas in der Abdankungsaffäre verstanden lassen. Ein paar Worte und dann ging er über die Sache hinweg. Die anderen kümmerten sich überhaupt nicht darum. Selbstherrlich, wie Militärs sind, kam ihnen der Gedanke gar nicht in den Sinn, daß das Ausland auch ein Wortchen darüber zu sagen hätte. Und doch, die eigentliche Stochkraft der Entscheidung kam von außen: dadurch, daß nach Wilsonschen Beratungen niemand ohne die Abänderung des Regimes in Deutschland zum Frieden kommen zu können glaubte, wurde der revolutionäre Wille hier so gewirkt, daß er sich schließlich Bahn brechen mußte.

Noch ein anderer Selbstherrlicher hat an das Ausland glauben müssen, während er glaubte, seine Innenpolitik ganz auf eigene Faust betreiben zu können. Kein Selbstherrlicher von Gottes Gnaden, sondern ein Herrscher von Gnaden einer augenblicklichen bolschewistischen Konfusion: der ungarische Diktator Bela Kun. Die Entente hatte gegen seine Räuberregierung Protest erhoben, keine mitteleuropäische Macht nahm sein Regierungssystem für voll. Er hat nicht viel danach gefragt. Der große Bruder im Osten, Zar Lenin, war ja für ihn. Der hatte ihm versprochen, innerhalb 14 Tage mit einer roten Armee zu Hilfe zu kommen. Serbische Bei-

ten gingen also die Ungarn unter Bela entogen. Nun ist dre Spud verfloren, nachdem die Glocke eins geschlagen hat. Und im Grunde deshalb, weil auch hier die internationale Bedingtheit vorlag und von den Dilettanten der ungarischen Räuberregierung übersehen wurde. Die Entente operierte hier wie immer fabelhaft geschickt. Sie herrte Unnaan die Zucht und ließ seine Regierung sich zunächst ganz ruhig abnutzen an ihrer eigenen Unbrauchbarkeit. Als dann alles drüber und drunter berging, verfuhr sie nach der Karole Friedrich Nietzsche: „Was fällt, soll man auch noch stoßen“. Sie gab ihm den Rest und nun gibt sie ihm die Regierungsform, welche sie will, vermutlich eine Republik mit einem Erzherzog an der Spitze.

Bei der Entwicklung dieser Dinge wittern unsere Monarchisten Morgenluft. Sie leben in der Illusion der ungarischen Verhältnisse das Vorbild einer monarchistischen Restauration für Europa. Mag sein, daß dieses für Unnaan stimmt. Für Deutschland stimmt es auf keinen Fall. Schon deshalb kann, das nicht sein, weil es sich hierbei wieder um eine Aktion von internationaler Bedeatung handelt und weil die anderen Mächte ihre Zustimmung dazu nie geben werden. Was den Ungarn im Falle einer monarchistischen Wiederanrichtung recht wäre, ist Deutschland von internationalen Standpunkt betrachtet, noch lange nicht billig. Denn dieses bebarierte, um große Gebietsteile verfürzte Reich, ein Land von Bauern und Großgrundbesitzern ohne bedeutende Industrie ist militärisch so wenig gefährlich, daß es ruhig einen Monarchen haben kann. Außerdem einen Monarchen, der ja nur eine Ententezeitur wäre. So liegen die Dinge bei uns nicht. Ein König oder Kaiser, den sich Deutschland selbst geben würde, das bedeutet etwas ganz anderes. Das bedeutete einen Sieg des deutschen Militarismus und den wird das Ausland nicht gestatten.

Ueberdies: mit solchen Bestrebungen werden wir hoffentlich doch wohl auch ohne fremde Hilfe fertig werden. Mit einem Feinde, wie er noch niemand nachgedacht wurde, ist das monarchistische System in Deutschland verbracht. Es werden sich nicht allzuvielen nach der Herrlichkeit des wilhelminischen Regimes zurücksehen. Allerdings, wenn sich die inderpolitische Lage Deutschlands parallel derjenigen Unnaans vom März bis August dieses Jahres gestaltet, dann ist auch das möglich: Wieder Wilhelm II. als Erich Milham. O-n.

Weitere Erhöhung des Posttarifs.

Berlin, 11. Aug. Nach dem dem Staatenausschuß vorliegenden Geleitentwürfen über die Erhöhung der Post-, Telegraphen- und Fernsprechtarife betragen die künftige Briefporto bis 20 Gramm 20 Pfennig, über 20 Gramm 30 Pfennig. Für die Bestimmung des Paketportos sind zwei Zonen vorgesehen: eine Zone von 75 Kilometer und eine Zone von über 75 Kilometer. Das Gewicht sind vier Stufen von je 5 Kilogramm gewöhnt. Das Porto beträgt bis 5 Kilogramm einschließlich 20 Pfennig, 0,75 Mark, in der Fernzone 1,25 Mark, über 5 Kilogramm bis einschließlich 10 Kilogramm 1,15 bezw. 2,15 Mark, über 10 Kilogramm bis einschließlich 15 Kilogramm 3.— bezw. 5.— Mark, über 15 Kilogramm bis einschließlich 20 Kilogramm 4.— bezw. 6.— Mark. Die Telegrammgebühren für gewöhnliche Ortstelegramme betragen 8 Pfennig für jedes Wort, mindestens 80 Pfennig für jedes gewöhnliche Telegramm; für jedes gewöhnliche Telegramm im Fernverkehr 10 Pfennig, mindestens 1.— Mark. Für Pressetelegramme gilt die Hälfte der vorstehenden Gebühren. — Der Geleitentwurf über die Aenderung des Posttarifs ist fertig, daß die feste Gebühr für Auszahlungen im Postbedarfsverkehr von 5 auf 10 Pfennig erhöht wird. Im übrigen bleiben die Bestimmungen des bisherigen Postgesetzes bestehen.

Das Ergebnis der Einnahmen aus dem neuen Postgesetz und der Erhöhung der Telegraphen- und Fernsprechtarife wird auf 447 Millionen Mark geschätzt, da die erhöhten Postgebühren 327 Millionen, die erhöhten Telegraphen- und Fernsprechtarife 110 Millionen Mark ergeben sollen. Auch die Gebühren für Druckachen über 50 Gramm werden erhöht, ferner die Sätze für Geschäftspapiere, Warenproben und Wäschsendungen.

Die Weltnot.

Der „Vorwärts“ stellt fest, daß die Ernährungschwierigkeiten, mit denen der Weltkriegerant Amerika im eigenen Lande zu kämpfen habe, einen bedrohlichen Umfang angenommen habe.

Wie der „Welt, Sozialist“ sich melden läßt, müssen die Vereinigten Staaten Südamerika mit Kohlen versorgen und können wegen Schiffsmangel nicht mehr als höchstens zwei Millionen Tonnen monatlich liefern. Das einzig wirksame Mittel zur Bekämpfung der europäischen Kohlennot bestehe in der Vermehrung der Kohlegewinnung in Europa, namentlich in Deutschland. Die europäische Kohlenkommission in Paris wird keine Rücksicht nehmen auf den Kohlenbedarf der deutschen Industrie und in erster Linie an die Erfüllung der deutschen Verpflichtungen gegenüber den Alliierten denken.

Kattowitz, 11. Aug. Wie die Pressestelle des Staatskommissariats mitteilt, sind 35-40 % des gesamten oberirdischen Kohlenreichtums ausständig. Die Ausständigen fordern die Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter, rufen Einpruch gegen den Grundstau, gegen die Wiedereinstellung der von den Arbeitern entlassenen Beamten und gegen die Beschäftigung von Heerer Männern.

Uniformierte Unvernunft.

Aus Weimar schreibt man uns: In den Abfindungsgesetzen, die die Regierung der Nationalversammlung für die Offiziere und Kapitulanten vorgelegt hat, die infolge der Heeresverminderung aus dem Dienst ausscheiden und sich einen andern Lebenserwerb suchen müssen, wird für die Offiziere wie für die Kapitulanten so geforgt, daß angesichts unserer schlimmen Finanzlage kein Einseitiger Einpruch erheben kann. Gewiß, alle zur Verabschiedung gelangenden, die nicht über Privatmittel verfügen, müssen sich erheblich nach der Decke strecken, aber das müssen viele Millionen von Volksgenossen in oft viel schlimmerer Weise. Man denke nur an die Kriegervitwen, an Kriegsbeschädigte, an Invaliden- und Altersrentner. Die Mehrheit des Hauptauschusses der Nationalversammlung sah sich in Rücksicht auf die allgemeine Lage gezwungen, keine Streichungen an den Regierungsvorlagen vorzunehmen. Satten die Offiziere schon eine sehr temperamentvolle Agitation gegen die Regierungsvorlagen unternommen, so gehen sie jetzt mit geradezu zügelloser Agitation und Protestkundgebungen vor. In den letzten Tagen haben die Abgeordneten, die während militärischer Angelegenheiten bearbeitet, die Abgeordneten Stücklin, Schöpflin, Volk, dem Zentrum und einigen anderen pro Mann etwa 200 Telegramme vom Offizierskorps erhalten, die zum Teil geradezu in Drohungen anklingen. Da wird von schmachvollen Amosen gesprochen, die angeblich die Offiziere erhalten, von der Unwürdigkeit der Volksregierung und mit massenhafter Niederlegung des Dienstes gedroht, wenn nicht alle Forderungen der Offiziere erfüllt werden. Generalkommandos, Brigade- und Regimentsstäbe stehen zum Teil hinter diesen Telegrammen, die, das ist ganz besonders beachtenswert, als „Diensttelegramme“ abgehändelt worden sind. Zur Vertretung rein privater Angelegenheiten wird Mißbrauch mit dienstlichen Bezeichnungen getrieben. Die Herren lassen sich also die Vertretung ihrer eigenen Angelegenheiten noch nicht einmal einen Pfennig kosten. Das ist ein großer und standortloser Unfug, der bei der Bevölkerung groben Mißmut auslösen muß. Es handelt sich um viele hundert Telegramme, die bis hundert Worte enthalten und die den privaten Telegrammverkehr von und nach Weimar sehr stark gestört haben. Wenn die Offiziere geglaubt haben, mit solchen Mitteln und Drohungen auf die beiden Regierungsteile Eindruck erzielen zu können, so haben sie sich sehr geäußert. Die aktiven Unteroffiziere waren bei der Vertretung ihrer Interessen in der Tat weit vernünftiger. Schwieriger waren die Unterhandlungen zum Teil mit den organisierten nichtaktiven Unteroffizieren, die ebenfalls Forderungen stellen, die meistens unerfüllbar sind. Die nichtaktiven Unteroffiziere sind keine Berufssoldaten. Würde man ihnen Entschädigungen oder besondere Zuwendungen gewähren, so könnten mit dem gleichen Rechte alle Kriegsteilnehmer aus dem Mannschafstande auch besondere Entschädigungen verlangen. Eine Organisation nichtaktiver Unteroffiziere zur Wahrung besonderer materieller Interessen ist eine ebenso interessante Erscheinung, wie die Organisation der Arbeitslosen. Bemerkenswert ist, daß gelegentlich mit dem Uebertritt zum Bolschewismus gedroht wird, wenn den Herrschaften nicht die Erfüllung ihrer Wünsche zugesagt wird. Und sie sind erlaut, wenn sie die Antwort erhalten: „Warte schon, um Sie, was Ihnen auf dünkt.“ Wir hoffen, daß die Nationalversammlung allen unberechtigten Forderungen und ihrer anmaßlichen Vertretung entschloffenen und energischen Widerstand entgegensetzt. Drohungen dürfen das letzte und wirkungsloseste Mittel sein, um auf Parlament und Regierung den geringsten Eindruck zu machen.

An die Arbeiter.

Berlin, 9. Aug. Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik erläßt an alle Arbeiterräte der deutschen Republik folgenden Aufruf:

Eine der wichtigsten Bestimmungen des Friedensvertrages ist die Bestimmung über den Wiederaufbau der in Frankreich und Belgien zerstörten Gebiete. Von der Art ihrer Ausführung hängt Außerordentliches ab für das zukünftige Geschick unseres deutschen Volkes. Die Leistungen Deutschlands für den Wiederaufbau müssen in der Hauptache in der Bestellung geeigneter Arbeitskräfte bestehen. Es handelt sich also darum, daß die zahlreichsten in Deutschland vorhandenen Arbeitskräfte, die zum Teil ohne Beschäftigung sind, sich freiwillig für den Wiederaufbau zur Verfügung stellen. Es ist natürlich, daß die Interessen der Arbeiter dabei nach jeder Seite hin gewahrt werden müssen. Für die Arbeiterräte der deutschen Republik liegt hier eine lohnende Aufgabe vor. Sie müssen ihnen sagen, daß diese Arbeit nicht dient für die deutschen und französischen Kapitalisten, sondern für das eigene Volk und dessen Erhaltung. Der Wiederaufbau Frankreichs ist ein gemeinsames deutsch-französisches Interesse, ja noch mehr ein gemeinsames europäisches. Das müssen die deutschen Arbeiter einsehen und darnach handeln. Dann wird die Frucht des Wiederaufbaues eine Annäherung des deutschen und französischen Volkes sein und die deutschen Arbeiter werden von sich sagen dürfen, daß ihnen das Hauptverdienst an diesem Ergebnis zu danken ist. Der Zentralrat richtet daher an alle Arbeiterräte den dringenden Appell, im Sinne dieses Aufrufes tätig zu sein und mit dazu beizutragen, daß der deutschen Republik aus der Rückertfüllung dieser ausfallgebundenen Friedensbedingung kein neuer unabsehbarer Schaden erwächst.

ubl
ung,
aber
ret
tag
119
544
att.
ach-
njer
en-
Baden
n 1326.
Montag
geben.
urg.
freund.

Zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes.

Vorbereitende Schritte für ein Friedensangebot an den Präsidenten Wilson.

Nr. 11.

Telegramm.

Großes Hauptquartier, den 21. September 1918.
Der Kaiser, Legationsrat an Auswärtiges Amt. Eigenhändig für Herrn Staatssekretär. General Ludendorff fragte mich, ob General Ezzellens gedächtnis, durch Fürst Hohenlohe-Langenburg in Bern an Amerika wegen Friedensverhandlungen heranzutreten.

Nr. 12.

Anweisung.

Berlin, 28. September 1918.
Wichtigste Voraussetzung für die Einleitung des Friedens ist die sofortige Bildung einer neuen Regierung auf breiter nationaler Basis auf freie Initiative Seiner Majestät des Kaisers. Hierzu wäre erwünscht, daß möglichst schon morgen abend ein Telegramm in Berlin eintrifft, das die Annahme der von Graf Hertling erbetenen Demission mitteilt und den Vizekanzler von Bayern beauftragt, dem Kaiser sofort wegen der Person des neuen Kanzlers und der Zusammenziehung der neuen Regierung Vorschläge zu machen. Das neue Kabinett soll alle Kräfte des Volkes auf breiter nationaler Grundlage zusammenfassen und der Verwirklichung des Vaterlandes nutzbar machen. Um die Erreichung dieses Zieles zu sichern, soll der Vizekanzler auf ausdrücklichen Wunsch des Kaisers das Präsidium des Reichstages und die Parteiführer hören und im engsten Einvernehmen mit der Volksvertretung seine Vorschläge ausarbeiten. Die auf diese Weise neu gebildete Regierung würde im gegebenen Moment an den Präsidenten Wilson heranzutreten haben mit dem Ersuchen, die Verwirklichung des Friedens in die Hand zu nehmen und zu diesem Zwecke allen kriegführenden Parteien die Entsendung von bevollmächtigten Delegierten nach Washington vorzuschlagen.

Je nach den Wünschen unserer militärischen Stellen würde dem Präsidenten nahelegen sein, die Kriegführenden eventuell gleichzeitig zum Abschluß eines sofortigen Waffenstillstandes einzuladen. Unsere Aufforderung an Herrn Wilson wäre von der Erwartung zu begleiten, daß Deutschland, eventuell der Viererbund, bereit ist, den Friedensverhandlungen als Programm die bekannten 14 Punkte des Präsidenten zugrunde zu legen.

Nr. 13.

Telegramm.

Großes Hauptquartier, 29. Sept. 1918, 9.40 Uhr nachm.
Der Kaiser, Staatssekretär an Auswärtiges Amt. Für Herrn Unterstaatssekretär. Bitte auf Grund Befehls Seiner Majestät und Zustimmung des Herrn Reichskanzlers in Wien, Konstantinopel vertraulich mitteilen, daß ich vorschlage, Präsident Wilson Frieden anzubieten auf Grund seiner 14 Punkte und ihn einzuladen, Friedenskonferenz nach Washington zu berufen unter Aufforderung zu sofortigem Waffenstillstand. Wenn unsere Verbündeten zustimmen, würde die in Bildung begriffene neue Reichsregierung den Vorschlag auf geeignete Weise an Präsident Wilson gelangen lassen, so daß der Vorschlag erst von ihr ausgehen würde.

Nr. 14.

Telegramm.

Berlin, den 29. September 1918.
1. Wien, 2. Pera. Dringend. Bitte dortiger Regierung vertraulich mitteilen, daß die kaiserliche Regierung vorschlägt, Präsidenten Wilson Frieden anzubieten auf Grund seiner 14 Punkte vom 8. Januar und seiner 4 Punkte vom 11. Febr. und ihn einzuladen, Friedenskonferenz nach Washington zu berufen unter Aufforderung zu sofortigem Waffenstillstand. Wenn unsere Verbündeten zustimmen, würden wir den Vorschlag auf geeignete Weise an Präsident Wilson gelangen lassen. Zu Eurer Ezzellens Orientierung und streng vertraulichen Verwertung: Neue Reichsregierung auf demokratischer Grundlage ist in Bildung begriffen und wird voraussichtlich morgen konstituiert werden. Sie soll bei Einleitung Friedensaktion im Amt sein.

Ganz geheim. Prinz Hohenlohe hat erklärt, daß Österreich-Ungarn am Ende seiner Kräfte und Aussprache mit uns nötig sei. Wilson hat im Namen der Forts Besprechung unter den Verbündeten über die durch Vorgänge in Bulgarien verursachte Lage angefragt, die neue Stellungnahme erfordere, und damit auch Friedensbedürfnis der Türkei durchblicken lassen. Unsere militärische Lage ist schwierig. Schnellste Zustimmung bringen erwünscht. Drahtbericht über Annahme Ihres Schrittes. Gleiche Befehle ergoht nach Pera und Wien. Sofia wird vorläufig nicht verständigt. gez. Unterstaatssekretär v. Stumm.

*) Gefertigt im Auswärtigen Amt.

Nr. 15.
Berlin, den 30. September 1918.
Sofia. Ganz geheim. Gesamt Lage zwingt uns baldigt mit Friedensangebot an Amerika heranzutreten. gez. v. Dintze. (Fortsetzung folgt.)

Internationaler Sozialistenkongress.

Zugern, 8. August

Als Delegierte sind noch eingetroffen: Kautsky und Cohn (Deutschland), Frau Adler (Deutsch-Österreich). Von der Föderation (Belgien) ist bereits wieder abgereist. Thomas (Frankreich) kommt nicht zum Kongress. Von der ersten Kommission ist eine besondere Resolution über Ungarn vorgelegt worden. In der heutigen Vormittagsitzung führte Ramsay MacDonald (England) als erster Redner aus, daß die britische Delegation die Resolution der Kommission dem Sinne nach annehme, aber nicht in allen Punkten mit ihr einig sei. Die englischen Delegierten und wohl auch die englische Arbeiterschaft hätten besonders die generellen Forderungen etwas anders formuliert.

Canepa (italienischer Reformsozialist) wendet sich energisch gegen den Viererbund von Paris. Die Aufgabe der Internationale sei, die Revision des Friedensvertrages von Versailles zu beschleunigen.

Grumbach (Frankreich) fordert die deutsche Sozialdemokratie bei der Abstimmung auf, sich zur Rettung der Revolution zu einigen. Dies sei eine internationale Notwendigkeit, besonders nach dem Vorgehen der Entente in Ungarn und nach der Uebertragung der obersten Gewalt an den Erzherzog Josef in Budapest.

Hilferding (Deutschland) setzt dann seinerseits die Angriffe gegen die deutsche Mehrheitssozialdemokratie fort. Es sei unmöglich, die Internationale wieder zu errichten, wenn die Gegenrevolution unterliege ihr. Er fordert die Internationale die revolutionäre Entwicklung nicht, dann müssen sich die Unabhängigen ihre Stellungnahme vorbehalten.

Engberg (Schweden) macht gegenüber Hilferding darauf aufmerksam, daß eine gemeinsame, gleichzeitige revolutionäre Aktion nicht möglich sei. Wenn in Deutschland ein Zusammengehen mit Teilen der Bürgerlichen eine der deutschen Arbeiterklasse günstige Lage schaffe, dann soll sie ausgenutzt werden. Es ist aber unmöglich, diesen inneren Streit weiter vor die Internationale zu bringen. Er muß in Deutschland ausgelöst werden. Die Unabhängigen beginnen durch ihre Arbeit die moralischen Schwäche, die sie während des Krieges im Auslande erzwungen haben, zu beseitigen. Es gibt nur eine Politik, nämlich die, alle progressiven Elemente gegen die Reaktion zu sammeln und diese sind für Engberg nicht nur im deutschen Lager, sondern auch in der Arbeiterschaft zu finden, sofern sie auf eine Diktatur ohne die Demokratie rechnen. Es ist unbedingt notwendig, daß wir immer mit der Mehrheit rechnen und nicht gegen die Mehrheit einer Nation tun. Die Demokratie ist das entscheidende Instrument, um diesen Weg zu gehen.

Gestern nachmittag fand eine öffentliche Sitzung statt. Sie war fast ausschließlich mit dem Lesen und Uebersetzen des bis jetzt vorliegenden Teils des Kommissionsberichts und einer von der französischen Mehrheit und den deutschen Unabhängigen eingebrachten Gegenresolution ausgefüllt.

Der erste Abschnitt des Kommissionsberichts bezieht sich auf die Einleitung der neuen sozialistischen Regierungen und vertritt diesen die Unterstützung der internationalen Arbeiterbewegung. Die Arbeiterklassen aller Länder beweisen, daß die beste Friedensgarantie darin liegt, daß sie selbst zur Macht gelangen. Im zweiten Abschnitt über die Friedensverträge wird festgestellt, daß erst nach Unterzeichnung des Friedensvertrages die Internationale in einem für die Verwirklichung der Völker günstigen Sinne einzutreten. Das dritte Kapitel fordert, daß die Internationale darnach streben soll, den derzeitigen Viererbund in einen internationalen sozialistischen Staat umzuwandeln. Der Völkerbund müsse alle Völker umfassen und den Völkern direktes Stimmrecht geben, damit ein direktes Weltparlament einleiten und die Periode der militärischen Besetzungen beenden. Der Völkerbund müsse schließlich die Internationalisierung der Rohmaterialien, des Schiffsraumes, der Verkehrswege, des Handels und Münzwesens und die Begleichung der Kriegsschulden organisieren, zu welchem Behufe der Oberste Wirtschaftsrat der Alliierten in einem allgemeinen Wirtschaftsrat des Völkerbundes umgewandelt werden soll. Die Internationale verlangt, daß der Völkerbund sofort einberufen wird.

Im Abschnitt 4: (territoriale Fragen) wird das politische Regime des Gesamtgebietes verworfen und das Recht Deutsch-Österreichs zum Anschluß an Deutschland, und das Selbstbestimmungs-

recht der deutschen Gebiete, der Tschecho-Slowakei und Südtirols gefordert. Die westpreussischen Gebiete sollen deutsch bleiben und Polen Zugang zum Baltischen Meere durch Internationalisierung der Weichsel und Schaffung des Freihafens Danzig gesichert werden. Im fünften Kapitel über die wirtschaftlichen Fragen wird die sofortige Freisetzung der von Deutschland zu zahlenden Entschädigungssumme verlangt. Die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterklasse dürfe durch diese Belastung nicht dauernd unter die der anderen Nationen herabgedrückt werden. Die Entschädigungsabkommen dürfen nicht zu verschleierter Annexion gebraucht werden. Das Abkommen über die Sicherstellung in Entschädigungskommissionen soll durch den Völkerbund und nicht durch die Alliierten getroffen werden. Die Beschaffung von Rohmaterialien und die Möglichkeit der wirtschaftlichen Entwicklung soll Deutschland und Deutsch-Österreich durch den Völkerbund garantiert werden. Im sechsten Abschnitt über die Kolonien wird die Wegnahme der deutschen Kolonien als eine Ungerechtigkeit bezeichnet.

Die von Languet verlangte Gegenresolution der französischen Mehrheit und der deutschen Unabhängigen ruft mit allem Nachdruck zur Sammlung der Proletariat und revolutionären Kräfte eines Erlangens der politischen Macht und der Verwirklichung des Sozialismus auf, und verwirft das Vorgehen der Entente gegen Rußland und Ungarn, ohne ein Urteil über die bolschewistische Methode auszusprechen. Eine Untersuchungskommission soll neuerlich nach Rußland entsandt werden.

Als einziger Diskussionsredner erhielt dann Bels das Wort, der den Friedensvertrag nach Gesichtspunkten kritisiert, denen in beiden Resolutionen Rechnung getragen ist. Er behauptete ferner die große, Europa im kommenden Winter drohende Not, zu deren Behebung er die sofortige Einberufung einer internationalen Bergarbeiterkonferenz verlangte.

Protektionen wegen Ungarn.

W. Zugern, Auf die Nachricht von der Uebertragung der obersten Gewalt in Budapest an Erzherzog Josef hat die sozialistische Konferenz einstimmig unter lebhaftem Beifall eine sehr energische Protektionen angenommen, die sich gegen die unter dem Schutze der Entente erfolgte Errichtung eines gegenrevolutionären Regimes ausspricht und den Versuch als unannehmlich brandmarkt, die Arbeiterklasse um die Früchte der Revolution durch die Wiederherstellung der kaiserlichen Monarchie zu bringen. Die Lenker der Pariser Friedenskonferenz machten damit klar, daß diese Aktion in Wirklichkeit sich gegen ihre sozialistische Regierung und gegen ihre proletarische Herrschaft richte. Renaudel, der seine Resolution verlas, fügte dieser einige heftige persönliche Worte gegen die Ententeregierung und gegen die Wiedererrichtung einer Dynastie hinzu, die man wegen ihrer Schuld am Kriege als für immer erledigt gehalten habe.

W. Zugern, 10. Aug. Die internationale Sozialistenkonferenz nahm gestern einstimmig eine Entscheidung an, die gegen die Pogrome und Verfolgungen der Juden in den von den Polen besetzten Teilen Litauens und der Ukraine protektioniert; ferner eine Entscheidung der Delegierten für Palästina, Chaganowitsch und Kaplanowitsch, wonach die internationale Sozialistenkonferenz die Entsendung eines Ausschusses beschließt zur Untersuchung der gegen die Juden in Polen und in den von den Polen besetzten Teilen Litauens und der Ukraine gerichteten Pogrome und Verfolgungen.

Auf Antrag Huhsmans wurde die Debatte geschlossen, doch erhielt Languet als Antragsteller der Gegenresolution und Renaudel als Berichterstatter der Kommission noch das Wort. Erster erklärte sich einverstanden mit der Resolution der Kommission, soweit sie territoriale, wirtschaftliche und koloniale Fragen behandelt, ließ aber hinsichtlich der politischen Richtlinien und der darin berührten russischen Fragen bei seiner Resolution. Renaudel verteidigte dagegen den Kommissionsvorschlag. In der Nachmittagsitzung wurde die Internationale Konferenz nach der Abstimmung über die beiden Resolutionen und über eine Reihe von Entschuldigungen über Fragen, die die Kleinststaaten in Osteuropa betreffen, geschlossen. In der gestrigen Sitzung wurde über die politischen Richtlinien der Friedenskonferenz und den Völkerbund nach dem Vorschlag der Kommission besprochen. Die Gegenresolution Languets getrennt abgelehnt. Die territorialen, wirtschaftlichen und kolonialen Fragen wurden von der Konferenz einstimmig in der Fassung des Kommissionsvorschlages angenommen.

Ueber eine Intervention in Rußland konnte der Konferenz nach langen Kommissionsberatungen, die sich über die ganze Woche hingezogen haben, schließlich ein einheitlicher Text vorgelegt werden. Die Konferenz protektioniert gegen die militärischen und finanziellen Hilfeeinrichtungen, die von den Ententemächten der Gegenrevolution unter Koltschak und Denikin getätigt werden

Das schlafende Heer.

Roman von Clara Viebig.

Nachdruck verboten.

„Nein, so wahr ihr Gott helfet! Gleich auf der Stelle wollte sie sterben, fahren in die unterste Hölle, wenn sie schon einen Pfennig gesehen.“ Das der Wolf ihn fresse, der Donnerstein ihn erschlage, den Dieb, den Schinder, den Räuber, den Jagoel!“ Sie schrie Zeter.

Mit glänzenden Augen lugten die Weiber: nun würde der Herr Baron gleich seine Hürde ziehen! Ach, sie waren auch alle sehr arm, sehr bedürftig! Kalte Zeit und keine Feuerung, hungrierige Zeit, kein Wehl im Kasten, die Kartoffeln schlecht geraten — bitte, bitte!

Sie drängten sich alle um ihn und küßten keinen Kopf. Die Grotka ließ den Zipfel seines Mantels nicht fahren.

Er teilte noch einiges an, verteilte auf Freikassaki — der mußte das Geld ja bringen! — und entkam so aus der Grotte, von den Segnungen der Weiber umrauscht.

Draußen bei dem Burtschen, der das Pferd hielt, hatten sich einige Männer eingefunden. Demüthig zogen sie die Hüfte tief: sie waren auch Kreiber gewesen, saßen bei der Jagd, wenig gefehlt, und der Baron hätte auch ihnen eine Ladung Schrot gegeben — jollen sie denn gar nichts haben? Ein Gröschchen für ein Bier, ein halbes Gröschchen nur für einen Wodka!

Aber Dolechal schlang sich aufs Pferd: „Aus dem Weg!“ Das fehlte noch, das Schnapstrinken unterstücken! Rasch ritt er davon.

Eine große Erleichterung fühlte er als er zum Dorf hinaus war: Gott sei Dank, mit der Grotka stand es gar nicht schlimm! Der Kopf ward ihm auf einmal viel leichter, der Habel, der ihm vor dem Bild gelegen, verkwand. Der schwarze Kirchthurm blieb hinter ihm zurück, vor sich sah er die lauberen Häuschen der Ansiedler und drei kleine Mädchen, die auf Pocicha-Kolonie zuwanderten. Alle drei waren in hellen Kopfbüscheln, darunter hingen die blonden Köpfechen merklich geschocken. Alle drei trugen Kajal und Griffelbüchse und ein Viehlein unter dem Arm.

„Aber was war ihnen denn? Die Gröste in der Mitte weinte laut, und die Kleineren, rechts und links troddelten still betrübt. Arme Kleiner! Der Wind hatte sich in ihre Mädchen verfangen und trieb sie vor sich her wie vom Stengel gerissene Blumen.“

Dolechal hielt sein Pferd an — das waren deutsche Kinder! „Se, ich da, warum weint ihr?“

Zu Lode erschrocken blickten die kleinen Mädchen auf. Er lächelte sie freundlich an, aber schenkte sich an den Sänden saugend, konnten sie davon, querselben, bis sie sich duckten im nächsten Graben.

Dolechal ritt durch die Ansiedlung. Vom Haus des Meier-Länder her wurde ihm ein Gruß. Das stand nun schon seit Ende Oktober recht still unter Dach, aber die Hitze der Kommission hatte man doch noch in Anspruch nehmen müssen, sonst wäre es nimmer so rasch fertig geworden, der Winter wäre einem über den Hals gekommen.

Peter Bräuer stand unter seiner Tür, breitbeinig die mächtige Gestalt hingestellt. Aber seine Stirn war nicht frei: dem Wind entgegen, der ihm ganze Hände voll winterharten Ackerstaubes ins Gesicht warf, blinzelte er finster in die Weite.

„Kommen Sie von Pocicha-Dorf, Herr? Haben Sie mein Kinder mit unterwegs gesehen?“

„Ich sah drei kleine blonde Mädchen untenwas — wenn das die Ihren waren?“ Dolechal hatte angehalten.

Bräuer kam dicht zu ihm heran. „Wissen Sie, Herr,“ sprach er gedämpft, „mer darf et ja mit laut laoen — hier nebenan die polnischen Weiber tun einem sonst gebraunt! Herzlich an, die Polen! Sie hängen ja all zusammen wie die Ketten — aber dem Rudo, dem Kerl, dem Särwein, dem brech ich noch ens dat Genick! Dat will 'ne Lehrer sein! De verwehlt ja die Artiken an mir und mich, wie die ganz geöhnlichen Deut! Aber de sollt dat doch besser wissen, de soll doch die Kinder wat lernen!“ Er schüttelte ärgerlich den Kopf.

„Ich begreife Sie nicht!“ — Dolechal war ungeduldig, immer, wenn er den Mann traf, hatte der was zu sagen — „der Rudo ist doch ein tüchtiger Mensch und auf dem deutschen Lehrerseminar in Krauzstadt abildet!“

„No, da hat de aber kein Deutsch schnell verdröht!“ Bräuer lachte erbittert. „Un denn hat er mich dat Fettschen als schon e paar mal nachhien lassen. Dat is doch en flug Kind und macht sein Arbeit — dat darf de Kerl mit tun! Dat hat mer nit nötig, sich gefallen zu lassen! Hören Sie, Herr,“ — etwas ruhiger werdend lenkte er das Pferd am Jaum seinem Hause zu — „heigen Sie 'ne Womana ob! Dat Kettche möcht Ihnen doch jo gern wat sagen!“

Was nun denn nun schon wieder? Es war wirklich schlimm mit den Bräuern, so umgänglich sie auch schienen, so trübselig waren sie! Und so breitpurig!

Das klobige Gesicht des starken Mannes füllte Hoff den ganzen Sturz aus. Vor seinem Kopf herrschend, rief er die Tür zur Küche auf: „Kettche, da is de von Dolechal!“

„D, mit hier eren!“ rief erschrocken die Frau, die beim Wacha'sch stand, „drüben in die gute Stub!“. Und die nähen Hände an der Schürze trocknend, stürzte sie vor dem Männern her und rief das weiße Schürchen vom Ranabe. Nun stand es, prangend in seinem gekochten grünen Riss mit seiner Garnitur Häubchen unter dem Glasfäden mit dem Goldrahmen, darin die Frau ihren Brautkranz verwahrt hielt.

(Fortsetzung folgt.)

Literatur.

Von der Neuen Zeit ist toeben das 19. Heft vom 2. Band des 57. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Nationalgefühl und Massenbewußtsein. Von Heinrich Cunow. — Der kommunalisierte Landrat. Von Eduard Graf. — Der Roman vom wiskelminischen Untertan. Von Dr. Franz Diederich. — Die Zentralisation des Steuerwesens im Reich. Von Wilhelm Guste. — Elternbeiräte. Von Paul Oestreich. — Literarische Rundschau: Karl Wladimir, Kant und der Gedanke des Völkerbundes. Von D. A. Eulissen. Ernst Bloch, Geist der Utopie. Von A. R.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 6,50 M das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 50 s. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

und fordert die nationalen Sektionen auf, die alliierten Regierungen zu zwingen, ihre Truppen aus Rußland zurückzuziehen. Schließlich wiederholte die Kommission die Forderung auf Entsendung einer Untersuchungskommission nach Rußland.

Nach einstimmiger Annahme einer Resolution zu Gunsten der Kriegsgefangenen in der die Sozialisten aller Länder aufgefordert werden, mit allen Mitteln auf die Freisetzung hinzuwirken, damit die Heimkehr der Gefangenen sofort beginnt und nach Erledigung einer Anzahl von Entschuldigungen über die Rußland und den Balkan betreffenden Fragen werden die Arbeiten der Konferenz beendet.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 9. Aug. Präsident Hebrich eröffnet die Sitzung am 8.20 Uhr.

Fortsetzung der ersten Beratung des Elektrizitätsgesetzes.

Abg. Rahmann (Soz.): Wir begrüßen das Gesetz und hoffen, daß ähnliche Maßnahmen auf Kohle- und Wasserkraft ausgedehnt werden. Das Gesetz bedeutet eine wirkungsvolle Überwindung der Krise, daß die Regierung sich schuldig vor den Kapitalismus stelle. Leider umfaßt das Gesetz nur die Anlagen, die größer als 50000 Volt sind. Wir hoffen aber, daß das Reich von der durch den § 5 der Vorlage gebotenen Gelegenheit auch kleinere Kraftwerke zu sozialisieren, Gebrauch macht. Das Gesetz bringt nicht die volle Sozialisierung; sie ist auch mit einem Schläge nicht möglich. Nach dem § 1 der Vorlage werden von den 400 Werken nur 200 sozialisiert. Aber diese 200 Werke schaffen 74 Prozent der gesamten deutschen Leistungen. Sie sind mit ihren Anlagen fähig, auch den Rest der 20 Prozent zu leisten.

Abg. Leidt (Zent.): Die Stärke des Entwurfes liegt auf dem wirtschaftlichen, nicht auf finanziellen Gebiete, wie der Vorredner meint. Dasselbe wird mehr oder weniger bei allen Sozialisierungen der Fall sein, da sie einen fühlbaren Eingriff in die Struktur und Freiheit des volkswirtschaftlichen Lebens bedeuten. Die Vorlage soll nicht etwa das Vorbild für weitere Sozialisierungen im Bausektor geben. Erstens: Die Vorlage ist eine unvollständige Sozialisierung. Zweitens: Die Vorlage ist eine unvollständige Sozialisierung. Wir beantragen Überweisung an eine Kommission.

Abg. Wieland (Dem.): Wir haben schwere Bedenken, ob der hier vorgeschlagene Weg zum Ziele führt. Zunächst ist uns die vorgesehene Entschädigung völlig ungenügend. Im übrigen scheint uns die Begründung des Gesetzes etwas mager ausgefallen zu sein. Ein Moment, das unbedingt verteidigt werden muß, ist die vorgesehene Finanzierung.

Abg. Biener (Deutsch-National): Unsere Fraktion erblickt in dem Entwurf eine Maßnahme von ungeheurer Bedeutung für unser gesamtes Wirtschaftsleben. Um so weniger angebracht wäre eine überflüssige Beratung. Im Lande wird jetzt schon eine gewisse Unzufriedenheit in der Geschäftswelt der Nationalversammlung über dem Werk.

Abg. Aenen (U.S.P.): Eine Verstaatlichung ist noch keine Sozialisierung. Auch bei diesem Entwurf sind die Begriffe Staatskapitalismus und Sozialisierung wieder miteinander verwechselt. Der Entwurf dringt lediglich eine Verstaatlichung mehrerer Großbetriebe, dem in der Ueberlieferung des Entwurfes die Einkette Sozialisierung aufgeschlüsselt ist. Selbst die Verstaatlichung ist nicht vollständig durchgeführt, sondern die Verstaatlichung des Privatkapitals beibehalten und damit auch die Ausbeutung der Arbeiterschaft für privatkapitalistische Interessen.

Abg. Weidemann (D.V.P.): Wir erweitern unsere Zustimmung von der Erledigung verschiedener Bestimmungen abhängig machen.

Die Vorlage wird an einen Ausschuss von 28 Mitgliedern überwiesen. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Weimar, 11. August.

Zur zweiten Beratung steht der Entwurf eines Grunderwerbsteuergesetzes.

Abg. Bollmann (Soz.): Unannehmbar ist für uns der Entwurf nur unter der Bedingung, daß bei Rücknahme auf die Finanznot des Reiches auch die Finanznot der Gemeinden nicht außer Acht gelassen wird.

Abg. Senke (U.S.): Der Gedanke, daß die Grunderwerbsteuer auf die Mieter abgewälzt wird, wiegt schwer genug, um das Gesetz ganz abzulehnen.

Abg. Waltheim (Dem.): Das Gesetz würde eine außerordentliche Verminderung des Umsatzes und somit eine außerordentliche Verminderung der Einnahmen aus dem Umsatzsteuern mit sich bringen. Wir werden deshalb, um den Ertrag der neuen Steuern sicherzustellen, dem von nationaler Seite gestellten Antrag einer Erhöhung von 4 auf 8 Prozent zustimmen.

Abg. Geyer (D.Nat.): Wir stimmen dem Entwurfe mit schwerem Herzen zu. Die ganze Steuererhebung des Reiches beruht auf einer Erhöhung der Finanzgebarung der Gemeinden.

Abg. Baerends (D.Nat.): Die Kommissionberatung hat eine Reihe von Erleichterungen und Veränderungen gebracht, aber dem Vorteile steht eine so große Reihe von Nachteilen gegenüber, daß wir uns nur schwer dazu entschließen können, dem Gesetze zuzustimmen. Deshalb würden wir für eine Erklärung sein, wie sich das Verhältnis dieser Steuer zu anderen Steuerumlagen, Steuerwerten, Grundsteuer usw. stellen wird.

Regierungsrat Dr. Köpff erwidert, daß über diese Frage im Rahmen der Reichsabgabebudgets zu verhandeln sein werde.

§ 1 wird jedoch in der Fassung des Ausschusses mit der gebührenden Ueberlieferung angenommen. — Die §§ 2-6 werden ohne Aussprache angenommen. — § 7 wird nach längerer Debatte und Ablehnung der Änderungsanträge in der Aussprache angenommen. — § 8 bestimmt, daß die Steuer auch erhoben wird bei Grundstücken, die im Besitze der Toten Hand, von Vereinigungen, Anstalten oder Stiftungen sind, wenn 20 Jahre seit der Bindung oder des Erwerbes verstrichen sind.

In der Abstimmung wird die Erledigung des § 8 mit knapper Mehrheit abgelehnt und der § 8 unverändert angenommen. Ebenso angenommen wurden die folgenden Paragraphen:

Bei § 16 wird der bereits mitgeteilte Antrag der Rechtsparlamenten auf Ermäßigung der Steuer von 4 auf 3 Prozent abgelehnt. Weitere Paragraphen gelangen unverändert zur Annahme. Aus den weiteren Ausführungen der Redner kann zusammengefaßt werden, daß die Hälfte dem Reich, die andere Hälfte den Ländern zufallen soll.

Nachdem das Haus den Rest des Entwurfes erledigt hatte, vertagt es sich bis nach 3 Uhr nachmittags. — Schluß 2 Uhr.

Nachmittags-Sitzung. Der Präsident Hebrich eröffnet die Sitzung um 4.15 Uhr. — Das Haus tritt in die zweite Beratung des Entwurfes eines Tabaksteuergesetzes ein.

Abg. Weich (D.N.): Wir haben gegen das Gesetz ernsthafte Bedenken, da es die Existenzmöglichkeit des Tabakgewerbes gefährdet. Die Vandalen findet nur den Verkauf eines kleinen, aber mächtigen Kreises der Großkapitalisten.

Abg. Schäfer (Soz.): Die Vorlage bedeutet allerdings eine sehr starke Belastung der Tabakindustrie. Die Prüfung der Monopolfrage hat uns gezeigt, daß für die Verstaatlichung der Tabakindustrie noch jede Grundlage fehlt. Die Verstaatlichung würde uns viele Tausende Millionen bringen, sondern zunächst aufzuheben. Die Vandalen liegt sowohl im Interesse der

Konumenten, wie in dem der Tabakarbeiter. Meine Partei befürchtet sich die endgültige Stellungnahme zu dem Entwurf bis zur dritten Sitzung vor. Wir machen sie von der Gestaltung der Beschneidung abhängig.

Abg. Naden (Zent.): Die Belastungsfähigkeit des Tabaks wird immer, aber nicht unerträglich in Anspruch genommen. Es bleibt für uns nur eine Fabrikant-uer übrig. Im ganzen werden wir dem Entwurf in der vorliegenden Form zustimmen können.

Abg. Kemples (D.V.): Die Höhe der Vorläge sind zweifellos sehr hoch, aber sie gehen nicht über das Maß hinaus, was die Industrie ertragen kann. Wir werden der Vorlage zustimmen, wenn sie nicht noch erheblich verschlechtert werden sollte.

Abg. Naute (U.S.P.): Noch bei jeder Steuererhöhung hat besonders der Tabak bluten müssen. Es wäre richtiger, die Zigarettenindustrie zu verstaatlichen. Wir bitten die Vorlage ab, bitten aber auch, die Entschädigung abzulehnen, die von deutschnationaler Seite beantragt ist und die Aufhebung der Beschneidung des inländischen Marktbesatzes fordert.

Abg. Nische (Dem.): Die Industrie ist bereit, auch ihrerseits Opfer zu bringen und auf den Boden der Verträge zu treten. Dieses Entgegenkommen der Industrie wird die Regierung in den Ausführungsbestimmungen anerkennen müssen. Mit Genehmigung begrüßen wir, daß die Sozialdemokratie selbst für die weitverzweigte Tabakindustrie ein Monopol nicht für angezeigt und möglich hält. Ich werde es begrüßen, wenn die Regierung noch einmal eine strikte Abgabe wegen der Einführung eines Kleinhandelsmonopols hier ausprechen könnte. (Beifall.) Im übrigen ist meine Fraktion bereit, unter dem Druck der Zeit und der Not indirekte Steuern zu bewilligen.

Abg. Reg. Rat Seemisch sagt für die Ausführungsbestimmungen mögliche Verstaatlichung des Handels zu. Damit schließt die Besprechung.

Das Gesetz wird darauf ohne weitere Beratung angenommen. Nächste Sitzung Dienstag nachmittags 8 Uhr. — Tagesordnung: Anfragen, Rest der heutigen Tagesordnung, Umsatzsteuer. — Schluß: 4.0 Uhr.

Badische Politik.

Vernehmungen.

Unter der Ueberschrift „Die Politisierung der Beamtenstellen“ macht zurzeit folgender Artikel die Kunde durch die Presse:

„Der Verein badischer höherer Beamten der inneren Staatsverwaltung hat an den Minister des Innern eine Eingabe gemacht, die sich gegen die Politisierung von Beamtenstellen wendet. Im Anschluß an eine Entschädigung des Vereins, in der es heißt: Die höheren Dienststellen der inneren Staatsverwaltung müssen, abgesehen von den politischen Posten der Mitglieder des Kabinetts, unabhängig von der parteipolitischen Konstellation sein. Soweit aus politischen Gründen Wert darauf zu legen ist, Parlamentarier außerhalb des Regierungsbereiches mit der Vertretung der Regierung zu betrauen, kann diesen Bedürfnissen durch Abordnung von Staatsräten abgeholfen werden.“

In der Begründung wird gesagt, daß die höheren Staatsbeamten seit Beginn der Umwälzung ohne Rücksicht in ihrer Gesamtheit auf dem Boden der neuen Verhältnisse mitgearbeitet haben. Für das Tätigkeitsgebiet der inneren Verwaltung ist ein hohes Maß fachlicher Kenntnisse, begründet in den Jahren der Ausbildung und erweitert durch lange praktische Tätigkeit, notwendig und bildet die erste Voraussetzung für die Vernehmung einer Beamtenstelle der inneren Verwaltung. Die nützliche Annahme der sogenannten Annahme ist bedingt durch die Erfahrung, die der Beamte bei der Beherrschung der vielfältigen Geschäftsjahre erlangt hat. Nur Beamte mit diesen Kenntnissen und Erfahrungen gewährleisten eine gedeihliche Verwaltungstätigkeit. Dabei soll von den Beamten keineswegs die Enthaltung von parteipolitischer Betätigung gefordert werden.

Es ist merkwürdig: jetzt auf einmal wollen die hohen Gerichten nichts mehr von Politik wissen und ihre Fesseln sollen „unabhängig von der politischen Konstellation“ leicht werden. Früher, bei der nationalliberalen „politischen Konstellation“, da ist es den Herren aber auch nie im Traum eingefallen, von ihrer Regierung zu verlangen, daß diese „unabhängig von der politischen Konstellation“ ihre Beamten ernennen möge. Nein, da war stramm nationalliberaler „Trumpf“ und wer ein Zentrumsmann war, oder gar ein Sozialdemokrat, der war „unten durch“ — bei der Regierung und bei den Herren Beamten. Nach dem „hohen Maß der fachlichen Kenntnisse“ wurde da in den seltensten Fällen gefragt: die durften schon dies oder jenes Manko aufweisen, wenn dafür nur die nationalliberale Parteiqualität umso besser war.

Trotz der schon gefestigten Worte, mit denen der höhere „Verein“ sein Begehren vorlegt, scheint uns doch darin wehr die Sorge um das eigene Wohl als um das Staatswohl zum Ausdruck zu kommen. Die Regierung wird sich hoffentlich um diese nachrevolutionären Sorgen nicht kümmern, sondern ohne Rücksicht auf die politische Konstellation den Mann auf den Posten setzen, den sie dafür für am geeignetsten hält. Die „fachlichen“ Kenntnisse tun es nicht immer, oft ist eine Portion gesunder Menschenverstand viel mehr wert. Auf diesem Boden der neuen Verhältnisse stehen zwar die Herren höheren Beamten bereit noch nicht, trotz ihrer schönen Verheißung. Aber sie werden sich sicher auch noch zu dieser Erkenntnis durchringen, getreu dem nationalliberalen Grundsatze: Hier stehe ich, Gott helfe mir, ich kann auch anders.

Theorie und Praxis bei den Unabhängigen. Von Herrn Rudolf Lutz in Baden-Baden geht uns folgende Mitteilung an: Als Bevollmächtigter der Firma Sanitätsausub, B. Baden, erkläre ich zur Notiz unter vorstehendem Titel in Nr. 182 des „Volkstreuers“: 1. Es ist nicht wahr, daß ich Besitzer dieser Firma bin; der Inhaber ist vorchriftsmäßig an der Arbeitsseite des Geschäftshauses angebracht. 2. Es ist nicht wahr, daß der Vertreter des B. B. vor mir „Medienfreiheit forderte“, wozu ich vielmehr, daß „die Pressefreiheit“ erkläre, er verweise mich, wie „solche unverständliche Anträge“ bezüglich der Arbeitszeit der Angestellten umgehen könnten. 3. Es ist nicht wahr, wie der Einsender angibt, daß das Personal nicht an der achtstündigen Arbeitszeit gebindert ist, sondern daß diese auch schon längst eingeführt ist: von 1.49 bis 1.41 Uhr vorm. und 1.43-1.47 Uhr nachm., wie auch schon seit Jahren die völlige Sonntagruhe besteht. 4. Wahr ist, daß das Geschäft 8 1/2 Stunden geöffnet ist und die überschüssige Geschäftszeit vom Inhaber und dessen Familienangehörigen besetzt wird, eine Maßnahme, deren „unkontrollierbarer Zustand“ mir vom Vertreter des B. B. als zu Recht bestehend mit den Worten bestätigt wurde: „Das können Sie machen, wie Sie wollen; wir arbeiten auch länger als acht Stunden.“ Die betr. reichsgerichtliche Beordnung gibt hierzu die vielfach ausgeübte Möglichkeit, wie aus der 8 1/2stündigen Geschäftszeit des „Volkstreuers“ Karlsruhe hervorgeht. 5. Unwahr ist also, daß ich der Durchführung des achtstündigen entgegenhandle und einen Zwang auf die Konkurrenz ausübe. — Unser Berichterstatter wird sich wohl zu dieser „Berichtigung“ äußern.

6. Landesversammlung der A. und S. Mäte. Am Montag den 18. August findet im großen Saale der „Eintracht“ in Karlsruhe (Karl-Friedrichstr. 30) die achte Landesversammlung der Arbeiter, Bauern- und Volksräte statt.

„Demokraten.“ Eine Mitgliederversammlung der deutschdemokratischen Partei in Weingheim befaßte sich mit dem Kampfmehreren Wohnungsgesetz. Die anschließende Aussprache ergab lt. „Mannheimer Generalanzeiger“ einen scharfen Protest gegen den Kampfmehreren Entwurf eines Heimstättengesetzes, da dadurch die private Bautätigkeit unterbunden werde — Als mildernder Umstand mag vielleicht angeführt werden, daß die Weingheimer Spezies Demokratie in der Hauptstadt aus der Gattung der alten Nationalliberalen besteht. Wirkliche Demokraten treten in jener Gegend nur sporadisch auf, und auch dann sind sie nicht immer echt.

Soziale Rundschau.

Die Lage des Arbeitsmarktes. Die Lage des Arbeitsmarktes in Baden ist weiterhin durch den anhaltenden Kohlenmangel und durch das Fehlen von Rohstoff ungünstig beeinflusst. Der in der Woche vom 27. Juli bis 2. August eingetretene kleine Rückgang in der Erwerbslosigkeit hat nicht angehalten. Es ist leider wieder eine Zunahme in der Zahl der Arbeitslosen festzustellen. In der ersten Augustwoche waren in Baden 11 824 Erwerbslose vorhanden, denen in der Vorwoche nur 11 754 gegenüberstehen; es ist mithin wieder ein Mehr von 70 Erwerbslosen zu verzeichnen. Betriebsbeschränkungen mühten wegen Kohlenmangels bei einem Betrieb in Offenburg vorgenommen werden, wodurch 20 Arbeiter, darunter 13 Frauen, zur Entlassung kamen. Wegen Fehlens von Rohstoffen mußte eine Zigarettenfabrik in Bammatal 90 Frauen entlassen. Bei der Volkswirtschaft in Karlsruhe wurde 400 Mann entlassen. Gegenüber dieser Erwerbslosigkeit macht sich in einzelnen Industrien auch ein Mangel an Arbeitskräften bemerkbar. So konnte in der Bekleidungsindustrie der große Bedarf an Schneidern und Schuhmachern bei Weitem nicht gedeckt werden. Für die Holzindustrie werden gleichfalls noch Mangelerscheinungen, Küfer und Holzbildhauer in größerer Zahl verlangt. Wie sich die Lage im Baugewerbe in der nächsten Zeit gestalten wird, ist noch unklar. Nachdem bereits jetzt schon eine große Anzahl von Maurern und Zimmerleuten gesucht werden, andererseits aber auch bereits eine größere Anzahl Wohnungen aus diesen Berufsgruppen für Arbeitsaufnahme im Aufbaugewerbe für Nordfrankreich vorliegen, ist eine äußerst ungünstige Arbeitsmarktlage im Baugewerbe für die nächste Zukunft zu erwarten. Der Bedarf an landwirtschaftlichen Arbeitern und Knechten konnte bisher nur knapp gedeckt werden.

Ueber die Ausbildung zum Hebammenberuf hat das Ministerium des Innern eine Verordnung erlassen, in der die bisherigen Vorschriften eine teilweise Veränderung erfahren. Die Verordnung legt den Lehrgang in der Hebammenschule, die Aufnahmebedingungen und die Abhaltung der Prüfung dar, an der sich auch solche Personen beteiligen können, welche die für eine Hebamme erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten auf einem anderen Wege als durch Besuch einer inländischen öffentlichen Hebammenschule erworben haben.

Gewerkschaftliches.

Die Gastwirtschaftsbewegung in Mannheim. Die Gastwirtschaftlichen in Mannheim nahmen die Einigungsbedingungen an. Von einem Angestellten wurde erklärt, daß man einen historischen Augenblick erlebe, der Fluch des Gastwirtschafts, das Trinkgeld, sei nun abgeschafft. Mannheim marschierte an erster Stelle in Süddeutschland. Die Höhe des Tarifes würden für die Angestellten ein auskömmliches Einkommen gewähren. Besondere Bevorzugung einzelner Gäste müsse unterbleiben.

Kommunalpolitik.

f. Heilshelm, 7. Aug. Der Bürgerausschuss hatte in seiner Sitzung am Dienstag zunächst das Rechnungsergebnis der hiesigen Gemeindefälle vom Jahre 1918 entgegen zu nehmen. Der 2. Punkt der Tagesordnung betraf den Geländeverkauf an der Obermühle an Emil Hüller im Ausmaße von 1 ar und 5 qm zu einem Verkaufspreis von 180 M und 200 M für die Räume. Der 3. Punkt: Anstellung eines dritten Feldhüters, wurde nach längerer Debatte über die großen Feldhüterhöfe und den niedrigen Gehalt der Feldhüter genehmigt. Als 4. Punkt wurde das Gehalt des Schuldieners von 480 auf 600 M, dem Antrag gemäß, erhöht. Debatte wurde dann noch als letzter Punkt ein Geländeaustausch zwischen der Gemeinde und Jakob Kraut II am Hahberg genehmigt. Herr Gemeindebevollmächtigter Merkel trug schließlich noch Wünsche hinsichtlich einer besseren Verorgung mit elektrischem Licht und Kraft vor, die der Bürgermeister dahin beantwortete, daß es einzig und allein an der mangelhaften Kohlenlieferung liege, wenn Verbesserungen vorhanden seien. Gemeinderat Doll empfahl die Uebernahme des hiesigen Ortsnetzes und Elektrizitätswerkes durch die Gemeinde und den Anschluß an das Burgkraftwerk. Von unserer Seite vertat Gen. Trautwein unseren Standpunkt. Genosse Trautwein fragte, ob vielleicht nicht auch eine gewisse Mithilfe zu Grunde liegt, daß wir so schlecht mit Licht versorgt seien, denn auf diese Weise ließe sich vielleicht eher eine Preissteigerung der St. A. durchzuführen. Im übrigen halten wir es für verheißend, jetzt schon mit einem detaillierten Plan zu kommen, wie es Gemeinderat Doll tat. — Die Aussprache hat gezeigt, daß der Bürgerausschuss gewillt ist, den unhaltbaren Zustand zu beenden. Eine ganze Anzahl Geschäftleute, die sich auf elektrische Kraft eingerichtet haben, müssen jetzt von abends 8-10 Uhr arbeiten, um das Nötigste zu erledigen, da das elektrische Netz nur in diesem Zeitraum Licht und Kraft gibt.

Mannheim, 7. Aug. Die Gehälter von drei zu berufenden beorderten Stadträten werden vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses auf 12 000 M jährlich festgelegt. Außerdem sollen die Stadträte diejenigen Teuerungszuglagen genießen, die den Bürgermeistern als solche nicht als verordnungsbefugte Gehaltszulagen zustehen. Nach Ablauf seiner Dienstdauer soll der beorderte Stadtrat, der nicht abermals mit dem Amt eines beorderten Stadtrats betraut wird, für die nächsten drei Jahre ein Wartegeld von einem Drittel seines Gehaltes beziehen.

Die Kohlenversorgung in Mannheim wird immer schlechter. Sie muß über kurz oder lang zur Katastrophe führen. Die Kohlen müssen ihre Schichten immer mehr kürzen, um nicht Leute entlassen zu müssen. Das Stadt Gaswerk hat nur noch für 7 Tage Gaslosten und keine weiteren Vorkerkungen in Aussicht gestellt bekommen. Deshalb ist am Samstag die schon im Mai beschlossene Gasperre bis auf die Stunden von 7-9 Uhr abends eingeführt worden. Auch die Hausbrandversorgung stößt auf große Schwierigkeiten.

Kleine Nachrichten.

Deutsch-polnische Verhandlungen.

WE, Berlin, 11. Aug. Heute nachmittag fand die Eröffnung der Verhandlung zwischen der deutschen und der polnischen Regierung statt. Unterstaatssekretär v. Ganiel eröffnete die Sitzung mit einer Ansprache, in der er die Absichten der Zentralregierung der Republik Polen und den obersten polnischen Volksrat in Warschau, sowie die Vertreter der a. und a. Hauptmächte begrüßte. Als Zeitlich der Tagung bezeichnete er den Grundgedanken in der Programmrede des Reichsministers Müller, daß unser Verhältnis zu den Nachbarstaaten von dem guten Willen für gegenseitiges Verständnis und von dem Geiste aufrichtiger und ehrlicher Friedensliebe befeuert sein werde. Der Vorsitzende der polnischen Delegation Dr. v. Krolewski versicherte im Namen der polnischen Regierung, daß diese die Verhandlungen im Geiste aufrichtiger Verständigungswillens zu führen entschlossen. Der italienische General Roncivenga dankte in Vertretung des abwesenden Chefs der internationalen Militärkommission General Dupont, für die Berücksichtigung und erklärte, seitens der internationalen Kommission werde alles geschehen, um die Verhandlungen nach Möglichkeit zu unterstützen.

Sannover, 11. Aug. Nach einer amtlichen Meldung fuhr am 9. August nachmittags bei Aßlen (Westfalen) ein Postzug in die Höhe. Drei Militärpersonen wurden getötet, zwei schwer und drei leicht verletzt. Der Materialschaden ist erheblich.

Berlin, 11. Aug. In der Filiale der Dresdener Bank sind in der Zeit vom Samstag bis heute morgen aus einem erbrochenen Tresor 95 000 M. bares Geld und für mehrere 100 000 M. Wertpapiere entwendet worden.

Dresden, 11. Aug. Der „Dresdener Anzeiger“ meldet zu der Nachricht eines bairischen Postboten, der Prinz von Weid habe versucht, mittels eines Flugzeuges Wertpapiere und andere Wertgegenstände nach Schweden zu schaffen, die dem König von Schweden gehören sollen, daß der juristische Sachverwalter des Königs diese Meldung für vollständig unwohl erklärte. Die Regierung werde voraussichtlich eine Untersuchung einleiten.

Bern, 11. Aug. In der gestrigen Volksabstimmung entschied das Schweizer Volk mit 195 135 Stimmen gegen 77 675 Stimmen für eine vorzeitige Ansetzung der Neuwahlen zum Nationalrat aufgrund des Propors.

Amsterdam, 11. Aug. Wie „Maandags Ochtendblad“ aus Brüssel meldet, bringt der Moniteur den Geheimeur über die Abgabe der Stellung von Neutral-Moresnet, das durch den Friedensvertrag von Versailles Belgien zuge-

fallen ist. Danach wird Moresnet von jetzt ab die Gemeinde „La Colombine“ bilden und zur Provinz Lüttich gehören.

Amsterdam, 11. Aug. Die englischen Wälder vom 9. August bringen eine Denkmeldung aus Dublin, aus der hervorgeht, daß es dort im Zusammenhang mit dem Streik zu ernsthaften Zusammenstößen gekommen ist. Mehrere Personen wurden erschossen und eine Anzahl schwer verletzt.

Verailles, 11. Aug. Nach einer Meldung des „Journal des Debats“ aus Brüssel ist mit der Niederlegung der Besetzung von Antwerpen begonnen worden.

Briefkasten der Redaktion.

R. 2. Ihnen steht nur das Fallobst zu. Im übrigen roten wir Ihnen, sich wegen Schadenersatz an den Kreisvorsitz des Kreisverbandes in Karlsruhe, Gartenstraße 16, zu wenden.

Vereinsanzeiger.

Münster, (Sozialdem. Verein.) Am Mittwoch abend 10 Uhr, im „Schwanen“ Versammlung mit Vortrag. Unter Besuch notwendig. 5560 Der Vorstand.

Verantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Leute Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Feuilleton Hermann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtlich in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Soziald. Verein Karlsruhe.

Bezirk Ost-, Ost-, Mittel- und Südweststadt.

Freitag, den 15. August, abends 8 Uhr, findet in der Restauration zum „Elefanten“, Kaiserstr., eine

Gemeinsame Versammlung

mit Vortrag des Genossen Müller-Weidwisch über:

„Die deutsche Revolution im Spiegel des Auslandes“

Die Parteigenossen werden ersucht an dieser gemeinsamen Veranstaltung recht zahlreich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Aktionsausschuß

zur Einigung d. Proletariats

Karlsruhe.

Mittwoch, den 13. August, abends 7 Uhr, findet in der „Gewerkschafts-Zentrale“ eine öffentliche

Versammlung

Tagesordnung:

Unsere Stellung zur Einführung d. Betriebsräte

Referent: Genosse Schwanninger-Mannheim.

Männer, Frauen, Arbeiter, Arbeiterinnen, erscheint alle.

Freie Aussprache. Der Vorstand.

Das Bäcklein: 5556

Der

Postcheck-Verkehr

erläutert an

Praktisch. Musterbeispielen

Siebt über alle Fragen ersichpende Auskunft, behandelt Reisecheck, Sammelscheck und Abbuchungsverfahren und ist daher ein

unentbehrliches Hilfsmittel für den

Postcheckverkehr.

Preis bei Voreinsendung des Betrages 2 Mk., sonst

Nachnahme 2.15 Mk. Zu beziehen vom Verleger B.

Maler, Oberpostkassenbuchhalter, Konstanz. Bei

Bestellung mit Zahlkarte oder Ueberweisung Konto

12 693 B. Maler, Konstanz, Sackeckam Karlsruhe.

Für Lederhändler und Schuhmacher!

Schäfte zum Nähen werden noch angenommen.

Schäfte in allen Lederarten zu haben.

Jos. Bahlinger, Marienstraße 76, Dinterb. r. p.

Zeige meiner werten Kundschaft den Eingang neuer

Winterhut - Modelle

an. Es können 5567

Filz-, Velour-, Samthüte

zum Umformen

jetzt schon angenommen werden.

Damenhutfabrik

Jos. Mack

Erbprinzenstr. 26.

Fundstücken betr.

Im Monat Juli 1919 wurden folgende Gegenstände auf dem Fundbüro abgeliefert:

1 Anhänger für Wecke, 1 silbernes Anhängsel, 1 Ring, 1 Brosche, 1 Anhängselchen, 1 Brosche, 1 Damenuhr mit Rembrandt, 1 Perrenuhr, 1 Uhr, 1 Anhängsel mit Bild und Kette, 1 Brosche mit Bild, 1 Damenuhr mit Kette, 1 Schlüsselbund, 1 Geldmappchen mit Inhalt, 1 Haarpange, 1 Handtasche mit Inhalt, 1 Weile, 1 Schlüssel, 1 Kettenschlüssel, 1 Zylinder, 1 Weile mit dunklen Gläsern, 1 Mollie Kadelbrat, 1 Schere, 1 Familienbuch auf Karl Haus, 1 Damenregenschirm, 1 Paar Goldsandalen, 1 weißes Tüchlein, 1 Damenregenschirm, 1 Buch, 1 Damenhandschuh, 1 Zylinder, 1 Pfund Butter, 1 Federabsteck, 1 Leder, bezw. Wachsdruckmante, 1 Stod, 1 Brieftasche mit Inhalt, Geldbeutel mit und ohne Inhalt, Bargeld, 2 Pwanjarmarschweine, 4 Pwanjarmarschweine, 1 Pwanjarmarschweine, 1 Rapp, mit größerem Geldbetrag, 2 Pwanjarmarschweine, 1 M., 10 M., 2 M., 3 M., 2 M., 50 M., Brieftasche mit 5.20 M., sowie mehrere im Warenhaus Vieh aufgefunden Gegenstände. Die Gegenstände können von den Eigentümern oder sonstigen Empfangsberechtigten im Zimmer Nr. 21 des Bezirksamtgebäudes (Eingang Hebelstraße) abgeholt werden.

Falls sich die Empfangsberechtigten nicht rechtzeitig melden, geht das Eigentum an dem Fundgegenstand nach Jahresfrist auf den Finder, bezw. die Stadtgemeinde über. 5560

Karlsruhe, den 4. August 1919.

Bezirksamt - Polizeidirektion. D.3. 223

Pferdegestellung in Brandfällen.

Alle Pferdebesitzer werden unter Hinweis auf § 7 Ziffer c der Feuerlöschordnung für die Stadt Karlsruhe hierdurch aufgefordert, im Falle eines Generalalarms ihre zur Verfügung stehenden Pferde nach dem nächstgelegenen Feuerhaus zu entsenden. Für die Dauer der Hilfeleistung wird die ortsübliche Veranlagung gewährt. Außerdem werden für die am schnellsten an den Feuerhäusern eintreffenden Pferde besondere Prämien bezahlt.

Table listing horse types and their corresponding values in Marks (Mk.).

Die Pferdebesitzer machen sich durch Nichtbefolgung dieser Aufforderung nach § 114 Ziffer 4 des Badischen Polizeistrafgesetzes und der §§ 360^a und 363 Ziffer 8 des Reichsstrafgesetzes strafbar. Karlsruhe, im März 1919. 2128 Der Stadtrat.

Advertisement for ALA Chemfabrik & G. Frankfurt/M. featuring shoe polish and cream products.

Städtisches Konzerthaus.

Dienstag, den 12. August 1919. 5568

Die Landstreicher.

Operette in 2 Akten und einem Vorspiel von Krenn und Lindau. — Musik von C. M. Ziehrer.

Anfang 1/8 Uhr. Ende 10 Uhr.

Advertisement for Steigerwald's Kunstmofen, featuring an illustration of a man and a stove.

Advertisement for A. Muffinger, featuring an illustration of a horse-drawn carriage.

Wer betrunken toll sollte unbedingt Dr. Vergners 'Verzliche' Ratsschläge über die Ehe lesen. Aus dem Inhalt: Die Brantzeit. Gefahren des außerehelichen Geschlechtsverkehrs. Beherrschung der Sinnlichkeit. Knabe oder Mädchen nach Wunsch der Erzeuger u. a. m. Im Anhang: 2 zerlegbare, farbige Modelle der weibl. Körper in der Entwicklungsperiode und der männl. Körper. Preis des Buches M. 5.50. Offenbarungen im Geschlechtlichen M. 5.00, Entstehung des Menschen M. 2.50, Knabe od. Mädchen? M. 3.—, Vom Jüngling zum Mann M. 2.20, Vom Mädchen zur Frau M. 3.80, Ehe und Geschlechtsleben M. 2.80, Mutterschaft M. 4.90. Gegen Nachnahme sind alle Bücher 30 % teurer. 5565z Verlag Carl Neudorff, Hbf. 6, Karlsruhe, Postfach.

Advertisement for Stärke Wäsche (Strength Laundry) by Schorpp, featuring a large 'S' logo.

Annahme - Stellen: Karlsruhe: Ludwig-Wilhelmstr. 5, Kaiserstrasse 4 u. 243, Gerwigstrasse 84, Amalienstrasse 15, Waldstrasse 64, Wilhelmstrasse 32, Augustastrasse 13, Schillerstrasse 18, Kaiseralle 37, Gabelsbürgerstrasse 1, Rheinstrasse 15. Durlach: Hauptstrasse 15.

Möbel: Betten, Wascht., Nacht u. and. Tische, Schränke, einz. Nische, Holz- u. Segrasmatr. Federbetten, Sofa, Jantekülschweib., Koptor u. and. Stühle, Spiegel, Ofen m. Hohe für Holzfeuer, und Küchenmöbel werden billig abgegeben. 5421 Wilhelm Seiter, Sofienstr. 93 ptr. Angehörige d. zurückgekehr. Kriegsgel., erhalten große Bergünstigung.

Mandolinen, Gitarren, Zithern: Kauf 4808 Levy, An- und Verkaufsgeschäft. Marktgrabenstraße 22. Ausgefärbte Frauenhaare: Kauf 4611 Oskar Decker, Haarbldg. Kaiserstr. 32. Männer u. Frauen! Prospekt und Broschüre über bahndrehende hygienische Neuheit verbindet verschlossen u. totenlos Aseptum-Verband Smitgart 7. 4299 Häuser: mit und ohne Geschäft, sowie Liegenheiten aller Art zu verkaufen durch das Liegenheitsbüro M. Busam, Karlsruhe, Herrenstr. 38. Telefon 5580. Mandolinen, Gitarren, Zithern: werden fortwährend angekauft in 4003 Weintraubs An- und Verkaufsgeschäft, Kronenstr. 52. Tel. 9747.

4 Zimmerleute finden dauernde Arbeit. Gartenstadt-Rüppur, Aternweg. 5562 Einige Schlafstellen, (gute Betten), sowie Mittag- u. Abendessen ist zu erhalten. 5563 Jähringer-Strasse 2. Sol. anst. Arbeiter sucht einfach möbl. Zimmer in der Stadt od. Rüppur. Offerten unter Nr. 5561 an das Volksfreundbüro.

TABAK: Mischungen in höchster Vollendung für Wiederverkäufer. Preisliste frei! Vertreter gesucht! M. Guttmann, Berlin O 27 Alexanderstr. 22.

Hand-Nähmaschine mit Kasten, 30 M., zu verp. Bierrett, Luisenstr. 38. p. Bohnenständer: neue und gebrauchte, sind zu haben bei Karl Mayer, Käferei, Humboldtstr. 11.

Standesbuch-Auszüge der Stadt Karlsruhe: Todesfälle, Rath, Höpflinger, ohne Beruf, ledig, alt 54 Jahre. Gust. Weißhaar, Ober-Justizsekretär a. D., alt 57 Jahre. Kath. Naumann, alt 67 Jahre. Ehefrau von Otto Naumann, Scheinermstr. Josef. Karz, alt 82 Jahre, Ehefr. von Joh. Karz, Bürogehilfe. Wilhelm Wauß, Maurer, Ehemann, alt 58 Jahre. Elise Sandrod, alt 66 Jahre. Witwe von Justus Sandrod, Schneidermeister. Elfi. Schmeiser, alt 64 Jahre. Witwe von Ludw. Schmeiser, Kaufm. Leopold Hofmüller, Oberrechnungsrat a. D., Witwer, alt 76 Jahre. Henriette Drag, alt 81 J. Witwe von Andr. Drag, Hofmehrgewermeister. Hedwig Scheible, Näherin, ledig, alt 23 Jahre. Hermann Hammer, Witw., alt 78 Jahre. Sofie Nabe, alt 39 Jahre, Ehefrau von Wilhelm Nabe, Bahnarbeiter. Joh. Schort, Bahnarbeiter, Ehemann, alt 82 Jahre. H. Sped, Straßenwärt a. D. Ehemann, alt 73 Jahre. Christian Kiefer, Bahnwärt, Ehemann, alt 65 Jahre. Christiane Häuser, alt 85 J. Witwe von Karl Häuser, Metzgermstr. Joh. Grimm, Lokomotivführer a. D. Ehemann, alt 82 Jahre. Adolf at 2 Monate 11 Tage. Vater Karl Klein, Maurer.

Billiges Gelände für Kleingärten.

In der Nähe des neuen Hauptbahnhofs ist billiges Gelände für Kleingärten zu verkaufen.

Aufgebotsverfahren.

Die Kasse des Verbandes badischer Arbeitsschweizer hat den Antrag gestellt, den Pfandbriefen (Darlehens- und Kaufpfandbrief) Nr. 10, ausgestellt am 24. Januar 1913, über 5% Anleihe des Deutschen Reiches von 1913:

- List of bond numbers and amounts: Lit. C Nr. 3757050 über 1000, C 3757051 1000, C 3757052 1000, C 3757053 1000, C 3757054 1000

desgleichen von 1913: Lit. C Nr. 7323206 über 1000, C 7323207 1000

nebst Zinscheinen erstmals fällig am 1. April 1919 und 1. Juli 1919 und Erneuerungsscheinen, belaufen mit 5000 M., für kraftlos zu erklären.

Wir fordern hiermit den Inhaber des genannten Scheines auf, solchen innerhalb eines Monats von der erfolgten Einrückung an gerichtet, bei uns vorlegen zu wollen, widrigenfalls die Kraftlosklärung gemäß § 48 der Satzungen erfolgen wird.

Karlstraße, 7. Aug. 1919

Städt. Sparfassenamt.

Für Stenographen.

Einige perfekte Bartanstenographen nebst mit Anschlag auf etwasmäßige Anstellung als Staatsbeamte. Voraussetzung ist Verehrbarkeit, in landtagsfähiger Zeit sich auch anderweit in der Staatsverwaltung zu betätigen. Bewerbungen mit Angabe d. Gehaltsansprüche zu richten an

Badischen Landtag Karlsruhe.



ist Ihnen geflohen trotz der Getränknot, wenn Sie zur Vereinerung von Sandstrunk Dr. Schweizers Kunststofflösung Tanavino

verwenden. Dieses altbewährte Getränk einfach mit Zucker im Mischverhältnis angelegt verleiht rasch zu einem alkoholfreien Getränk, das wie guter Whisky schmeckt u. an Güte u. Verwendbarkeit in keinem anderen Getränk ist.

10.- 7.50 6.30 5.- Wer keinen Zucker zur Verfügung hat, nehme "Tanavino" mit künstlichem Süßstoff zur Herstellung eines alkoholfreien obstmotzähnlichen Getränkes.

150 L. 100 L. 75 L. 50 L. 12.- 9.- 7.50 5.80 in Kolonialwaren- und Konsum-Geschäften.

Mittelschweizer Dr. Schweizer, Eßlingen

Haus,

neuzustellend gebaut, möglichst zum Alleinbewohnen, allein stehend, oder an Feld angrenzend, darf auch Kamin und Stallung dabei sein, zu kaufen gesucht.

Angebote unter Nr. 5532 an das Volksfreundbüro.

Taschenuhren

aus reparaturbedürftig, kauft

ber, An- u. Verkaufsgesellschaft, Karlsruhe, Nr. 22.

Wo offenbart sich die heilige allumfassende Liebe

in reiner, schönster Gestalt

In der Gatten-, Mutter-, Eltern- und Kindes-Liebe!

Weib und Mann reichen, wie Mozart durch die Nacht der Töne in solch herrlicher Weise zum Ausdruck gebracht hat,

an die Gottheit heran.

Sie sollen die Schutzengel ihrer Kinder sein und bewußt an dem Glück aller Generationen nach uns schaffen.

Doch die Menschen haben die Liebe, die herrlichste Schöpferkraft durch Liebe, Schwäche und Scheinheiligkeit verleugnet und entweiht, und dies mußte sich an der ganzen Menschheit rächen.

Die Wärme es auch anders sein, als daß die Geschöpfe, die mit Vernunft und Seele ausgestattet sind und trotzdem die Kraft lästern, die sie auf eine immer höhere, lebensvollere Stufe der Entwicklung bringen soll, frühzeitig zerfallen! An die Stelle der Liebe tritt Selbstsucht und jenseitiges Streben, das alles natürliche, gesunde und wahre, das schöne und den unschuldigen Prohibitum haßt.

Wer Gefühl für seine Lieben hat und will, daß das Volk von dem Unglück und Leid, das auf allen Völkern, nicht bloß auf uns allein, lastet, befreit wird und zum herrlichsten Wohl der Gesundheit, Kraft und Lebensfreude gelangt, der lese das Buch:

Der Kampf um das Glück der Ehe und Nachkommenschaft.

Aus dem Inhalt sei nur herausgegriffen: Ist nicht bewußte Vorenthaltung von Hilfe und Schutz gegen die entsetzlich vielen Frühl., Fehl-, künstlichen, schweren und zu schnell aufeinander folgenden Geburten gleichbedeutend mit - Massenmord an weiblichen Geschlecht und millionenfacher Mord unschuldiger Kinder? - Warum gab man nie Aufklärung über das Zeugungsleben und hielt sie sogar für schändlich? - Warum hat man der heranreifenden Jugend gegenüber so wenig Verantwortlichkeitsgefühl, daß man sie nicht nur unwissend, sondern sogar mit ganz falschen Auffassungen ins Leben löst, die sie unbedingt verderben müssen? - Unklar., Enttäuschungen, Krankheiten, Ehelid., wenig lebensfähige Nachkommenschaft, Vernichtung und Verbrechen und noch vieles mehr, das sind die Folgen der Vernachlässigung unserer eigenen ererbten Naturgesetze, die für jeden die gewaltigste Verantwortung in sich bergen. - Charakteristische Gesandnisse. - Noch kein Buch hat so viele tragische, echte Schilderungen aus dem Leben selbst, enthalten, wie dieses, weil es fast niemand wagt, einem anderen seine Verhältnisse und Schicksale so zu schildern, wie sie wirklich sind und seine innersten Gefühle zu offenbaren, wie es viele tausend den Verfassern dieses Buches gegenüber getan haben.

Wahrheit überall und über alles!

Dies ist das Kleinod, dem alles göttliche und zugleich Natürliche: Liebe und Gesundheit, entquillt. Unser Buch, früher verboten und gewaltsam unterdrückt,

jetzt frei,

sol überall die Wahrheit und befreiende Aufklärung hinstreuen und den heiligen Götterfunken "Liebe" entzünden. Sie beziehen das Buch zum Preise von M. 2,25 (Posto 25 Pf./Nachnahme-Porto 45 Pf.).

Eheleute Hedwig u. Emil Krönig, Cannstatt 6, Teckstraße 14.

Bekanntmachung!

Wir machen darauf aufmerksam, daß die nachstehende Verordnung des Ministeriums des Innern vom 7. 7. 1913, den Verkehr mit Delfrüchten und daraus gewonnenen Produkten betreffend (Gef.- u. V.-D.-M. S. 178), auch für die Ernte 1913 in Kraft bleibt.

Bad. Bezirksamt.

Den Verkehr mit Delfrüchten und daraus gewonnenen Produkten betreffend.

Mit Ermächtigung des Kriegsernährungsamts wird zum Vollzug der Bundesratsverordnung vom 23. Juli 1917 über Delfrüchte und daraus gewonnene Produkte (Reichs-Gesetzblatt Seite 646) sowie auf Grund der Bundesratsverordnung vom 28. September 1915 über die Errichtung von Preisprüfstellen und die Verordnungsregelung in der Fassung vom 4. November 1915 (Reichs-Gesetzblatt Seite 607, 728) in Ergänzung unserer Verordnung vom 25. August 1917, Delfrüchte und daraus gewonnene Produkte betreffend (Gef.- u. V.-D.-M. S. 178) verordnet, was folgt:

§ 1. Insofern die Erzeuger von Delfrüchten nicht ihre ganze Ernte an Delfrüchten an den Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Oele und Fette G. m. b. H. in Berlin abliefern und von dem Recht des Delbezugs Gebrauch machen wollen, ist es ihnen gestattet, von den Delfrüchten eigener Ernte die in § 2 Spalte III genannten Mengen zur Herstellung von Nahrungsmitteln für den eigenen Haushalt einschließlich des Gefindes zurückzubehalten und auf die vom Kommunalverband oder Bürgermeisteramt (vergleiche § 3) auszustellenden Erlaubnisscheine in der auf diesem bezeichneten Delmühle Oel schlagen zu lassen.

Delfrüchte und für den eigenen Haushalt gewonnenes Oel dürfen nur an den in Absatz 1 genannten Kriegsausschuß, Delfrüchten nur an die Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte G. m. b. H. in Berlin abgegeben werden. Jede Abgabe an andere Personen sowie jeder Erwerb durch andere Personen ist verboten.

Unter die Vorschrift des Absatzes 2 fällt nicht die Rückgabe von Oel und Delfrüchten seitens der Delmühle an die Erzeuger aus deren auf Grund dieser Verordnung bearbeiteten Delfrüchten.

§ 2. Beträgt die Gesamternte des einzelnen Erzeugers an Reinsamen nicht mehr als 530 kg, und die Gesamternte an anderen Delfrüchten (Raps, Rübsen, Federich, Rapsen, Sonnenblumen Senf - weißer und brauner -, Dotter, Rohn und Hans) insgesamt nicht mehr als 30 kg, so darf sie der Erzeuger ganz zurückbehalten. Die Höhe der dem Erzeuger bei einer größeren Ernte zu belassenden Delfruchtmengen darf die in nachstehendem Verzeichnis Spalte III aufgeführten Mengen nicht übersteigen. Das Verhältnis enthält in Spalte II auch die Oelmengen, auf deren Rücklieferung der Erzeuger im Falle der Ablieferung seiner gesamten Ernte in Delfrüchten an den Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Oele und Fette Anspruch hat.

Table with 3 columns: I, II, III. I: Ernte an Delfrüchten. II: Delfruchtmengen, welche dem Erzeuger bei Rücklieferung der gesamten Ernte belassen werden dürfen. III: Delfruchtmengen, welche dem Erzeuger bei Rücklieferung der gesamten Ernte belassen werden dürfen.

A. Bei Raps, Rübsen und Mohr:

Table with 4 columns: bis zu mehr als, 30 kg, 100 kg, 30 kg. Rows show quantities from 100 to 6000 kg.

B. Bei Reinsamen, Dotter und Senf:

Table with 4 columns: bis zu mehr als, 30 kg, 7,50 kg, 30 kg. Rows show quantities from 100 to 10000 kg.

C. Bei Hans und Sonnenblumen:

Table with 4 columns: bis zu mehr als, 30 kg, 3,75 kg, 30 kg. Rows show quantities from 100 to 16000 kg.

§ 3.

Die Erlaubnisscheine sind von dem Kommunalverband auszustellen; dieser kann für die Fälle, in welcher die gesamte Ernte des einzelnen Erzeugers nicht mehr wie 30 kg Delfrüchte beträgt, die Ausstellung der Erlaubnisscheine den Bürgermeisterämtern unter Bezeichnung der Delmühlen, für welche sie die Erlaubnisscheine erteilen dürfen, übertragen. Die Erlaubnisscheine sind nach Muster A auszustellen und müssen den ausstellenden Kommunalverband (Bürgermeisteramt), Vor- und Zuname, sowie Wohnort des zum Del schlagen berechtigten Erzeugers, die zugewiesene Delmühle, die zum Ausschlagen zugelassene Menge an Delfrüchten, Ort und Datum der Ausstellung, Angabe des Tages, an dem die Gültigkeit erlischt, Siegel und Unterschrift des ausstellenden Beamten sowie die laufende Nummer des Erlaubnisscheins enthalten.

Die ausstellende Behörde hat über die von ihr ausgestellten Erlaubnisscheine eine Liste zu führen, welche die laufende Nummer, Vor- und Zunahme sowie Wohnort des zum Del schlagen berechtigten Erzeugers, die zugewiesene Delmühle, die zum Ausschlagen zugelassene Menge an Delfrüchten und den Tag der Ausstellung enthält; die Erlaubnisscheine dürfen höchstens auf die Dauer von zwei Monaten ausgestellt werden; abgelaufene Erlaubnisscheine, die zum Del schlagen nachweislich nicht benutzt wurden, sind auf Antrag nach Prüfung von der ausstellenden Behörde zu erneuern und zum Zeichen der Erneuerung hinter der laufenden Nummer bei der Erneuerung mit dem Buchstaben a, bei der zweiten Erneuerung mit dem Buchstaben b usw. zu versehen.

Nur auf solche Delmühlen dürfen Erlaubnisscheine ausgestellt werden, welchen vom Staatssekretär des Kriegsernährungsamts die Genehmigung zur Verarbeitung von Delfrüchten erteilt ist.

§ 4.

Die Ausstellung der Erlaubnisscheine darf nur erfolgen:

a) wenn keine Ablieferungsfrist besteht, weil die geerntete Menge an Delfrüchten insgesamt 30 kg, bei Reinsamen 530 kg nicht übersteigt, nach Vereinbarung einer Bezeichnung des Bürgermeisters nach Muster B;

b) im übrigen, wenn der Erzeuger von Delfrüchten eine Bezeichnung des Kommissars des Kriegsausschusses für pflanzliche und tierische Oele und Fette über die von dem Erzeuger zur Ablieferung angemeldet und über die ihm zu belassenden Delfrüchte bebringt. Auf der Rückseite ist von dem Bürgermeisteramt nach Muster B zu bezeichnen, daß der Abnehmer der Delfrüchte die fragliche Delfruchtgattung angegeben und geerntet hat und daß ihm bisher keine oder außer der bezeichneten keine Erlaubnis zum Ausschlagen von Delfrüchten erteilt worden ist.

Der Kommunalverband hat darauf zu achten, daß seitens des Bürgermeistersamt einem Erzeuger insgesamt für nicht mehr als 30 kg - oder bei Reinsamen 530 kg - Erlaubnisscheine erteilt werden.

Die Verarbeitung der Delfrüchte darf nur in der auf dem Erlaubnisschein bestimmten Mühle geschehen. Ein Verzeichnis der für die Gemeinden seines Bezirks zugelassenen Delmühlen ist in dem amtlichen Verordnungsblatt zu veröffentlichen.

§ 5.

Die Delmühlen dürfen Delfrüchte nur gegen Abnahme der Erlaubnisscheine und in Höhe der auf dem Scheine bemerkten Gewichtsmenge annehmen; das Gewicht der zur Delmühle gebrachten Delfrüchte ist von dem Delmüller sofort nachzuprüfen; Mehremengen sind alsbald zurückzugeben.

Die Delmühlen haben ferner ein Maßbuch zu führen, in welches Art und Gewicht der Delfrüchte, Tag der Einlieferung, Name und Wohnort des Einlieferers, Name des Kommunalverbandes oder Bürgermeistersamtes, von dem der Erlaubnisschein ausgestellt ist, Nummer des Erlaubnisscheins, Menge des zurückgelieferten Oeles und Oelrückens, Prozentgehalt des Schwunbes, Betrag des Schlaglohnes, Tag der Ablieferung oder Abwendung, Bezeichnung des Abholers über die Richtigkeit der Angaben und etwaige Bemerkungen einzutragen sind.

Die Erlaubnisscheine sind von den Mühlen sorgfältig aufzubewahren, um jederzeit damit die Angaben des Maßbuches belegen zu können.

Das Ausschlagen der Delfrüchte darf nur gegen Veranschlagung erfolgen. Inwieweit die sich ergebenden Oelrückens von den Erzeugern ausnahmsweise nicht in Anspruch genommen werden, sind sie von dem Delmüller auf den Schluß jeden Monats der Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte G. m. b. H. in Berlin mit Postkarte anzugeben.

§ 6.

Die Bezirksämter haben eine ständige sorgfältige Überwachung der Delmühlen durchzuführen. Auch die Landesstellen sind als Landesüberwachungsstellen für Oele und Fette zur Überwachung berechtigt. Das Kriegsernährungsamt hat ferner den Kriegsausschuß für Oele und Fette ermächtigt, jederzeit die Geschäftsführung der Delmühlen nachzuprüfen.

Ergeben sich Unregelmäßigkeiten im Betrieb einer Delmühle, so wird das Bezirksamt die einseitige Schließung der Delmühle verfügen und dem Ministerium des Innern jenseits Einholung einer Entscheidung des Kriegsernährungsamts über die Zurücknahme der Verarbeitungsgenehmigung Vorlage erstatten.

§ 7.

Zwischenhandlungen gegen die Vorschriften dieser Verordnung werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M. bestraft. Neben der Strafe kann auf Einziehung der Vorräte erkannt werden; auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

§ 8.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Karlsruhe, den 7. Juli 1913. Großh. Ministerium des Innern. Der Ministerialdirektor: Geh. Rittm. 5537

Stadtgarten.

Nur bei gutem Wetter. Dienstag, den 12. August, abends von 7-1/2 11 Uhr Volksmische 5558

Musik-Aufführungen der Feuerwehr- u. Bürgerkapelle

Leitung: Obermusikmeister a. D. G. Lief. Eintrittspreise wie bekannt zuzügl. 5 Pf. Lustbarkeitssteuer.